



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 166. Ratssitzung vom 10. Dezember 2025

5539. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 165, Beschluss-Nr. 5539/2025).

Beschlüsse:

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 024.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Lara Can (SP): Ein Teil der Rechnungsprüfungskommission (RPK), der einmal eine Mehrheit hatte, lehnt die Schaffung einer neuen Stelle für die Investitionssteuerung ab. Die Meinung dazu war, dass sie mit den bisherigen Ressourcen bewältigt werden kann und soll. Zu den Meinungsumschwüngen nach der Beratung und den neuen Mehrheiten geben meine Kommissionskolleg*innen Auskunft. Aus Sicht der SP bleibt der Fall klar: Die Auslagerung der Investitionsplanung an eine neue Stelle finden wir nicht nur aus Ressourcengründen, sondern auch politisch falsch. Die Steuerung von Investitionen ist eine strategisch und politisch zentrale Aufgabe – die muss der Stadtrat selbst übernehmen. Sie kann nicht delegiert werden. Trotz des Investitionsziels, das wir letzte Woche beschlossen haben, bleibt die zentrale Frage, was konkret begrenzt werden soll. Unseren Investitionen liegen politische Aufträge zugrunde, teils aus Volksentscheiden, teils aus dem Parlament. Sollte eine Priorisierung stattfinden, muss der Stadtrat politisch die Verantwortung dafür tragen und kann diese nicht an eine Stelle auslagern.

Tanja Maag (AL): Die Finanzsteuerung und Investitionsplanung sind zentrale Aufgaben des Stadtrats. In der Berichterstattung zur Investitionseinschätzung wurde klar, dass für uns eigentlich Selbstverständliches anders gemacht wurde. Der Stadtrat arbeitet näm-



lich lückenhaft. Es hiess in einer Präsentation, dass es eine Abstimmung der Teilstrategien mit der finanzpolitischen Strategie, den Einbezug der Eigenwirtschaftsbetriebe in eine Gesamtbetrachtung und ein stärkeres Gewicht des Gesamtstadtrats in der Investitionsplanung brauche. Das alles wurde offenbar ungenügend erfüllt. Die neue Stelle im Finanzdepartement braucht es, damit diese Dinge beachtet werden können und der Stadtrat Investitionen unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Ziele priorisieren kann. Sie wissen, dass ich kein Fan von Delegationsstellen bin. Grundsätzlich erachten wir die Sache als kollektive Aufgabe des Stadtrats unter der Führung der Finanzverwaltung und ihres Departementsvorstehers. Offenbar gibt es Verbesserungsbedarf. Angesichts nötiger Investitionsüberlegungen der Folgejahre ist diese Stelle zu befürworten.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Mit der Argumentationskette der SP müsste man 18 Personen der Stadtverwaltung entlassen – nämlich alle Departementssekretär*innen, weil der Stadtrat ja selbst arbeiten solle. Wie stellt Ihr euch vor, dass die Stadträte selbst die Investitionsbücher anschauen, vergleichen, Rückfragen stellen? Es geht um eine koordinierende Aufgabe, die Dinge aufarbeitet und zuhänden des Stadtrats Vorschläge macht. So ist das in einer Stadtverwaltung mit einem Budget von 11 Milliarden Franken üblich.

Markus Haselbach (Die Mitte): Kurz möchte ich unseren Positionswechsel von der Mehrheit in die Minderheit erklären. Die neue und erweiterte Investitionsplanung begrüssen wir sehr. Zunächst haben wir angenommen, dass die jetzigen Investitionsplaner das auch übernehmen könnten. Die neue Stelle für die Investitionssteuerung ist nötig, da die Finanzverwaltung nicht so gross ist, sie bei immer mehr Projekten beigezogen wird, die Mitarbeiter Überstunden machen und die geplante Neusteuerung zusätzliche arbeitsintensive Datenanalysen verlangt. Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt den Stadtrat.

Martina Zürcher (FDP): Nach dem Votum von Sven Sobernheim (GLP) bleiben uns zwei Fragen: Hat der Stadtrat erstens bisher keine Investitionsplanung gemacht? Zweitens bleibt bei der Betrachtung der Gesamtlohnsumme noch immer genug Personal übrig, das diese Aufgabe machen kann? Die FDP bleibt bei der Mehrheit.

Johann Widmer (SVP): Es ist uns selbstverständlich ein Anliegen, dass man diese Investitionsplanung seriös macht – gerade nach all diesen verschiedenen Berichten. Ob das wirklich eine neue Stelle braucht, bezweifeln wir. Daher bleiben wir bei der Mehrheit, da es keinen Sinn macht, immer mehr Stellen zu schaffen. Dann müssen sie halt anders priorisieren, die Arbeitslast anders verteilen und Unnötiges weglassen.



3 / 31

S. 182	20 2015 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat				6 491 000 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Felix Moser (Grüne)
			160 000		6 331 000 Mehrheit	Lara Can (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Die Steuerung der Investitionen soll ohne neue Stelle bewältigt werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 025.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL): Die AL priorisiert keine Kapitalbeschaffung im Euroraum. So sieht das auch eine Minderheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Stattdessen braucht es eine Auslegeordnung auf der Investitionsseite. Die Abhängigkeit von Fremdkapital soll möglichst gering sein. Die Empfehlung einer Experteneinschätzung erachten wir vorerst als nicht prioritär. Der Betrag für die Abklärungen zu möglichen Privatanleihen im Euroraum soll gestrichen und im schlechtesten Fall hinten angestellt werden.

Lara Can (SP): Für Abklärungen zur Fremdkapitalbeschaffung im Ausland möchte der Stadtrat externe Fachexpertise hinzuziehen. Da bis anhin nur Fremdkapital aus der Schweiz aufgenommen wurde, ist mittelfristig eine Ausweitung in den Kapitalmarkt ausserhalb der Schweiz sinnvoll und wohl nötig. Die Mehrheit lehnt den Kürzungsantrag ab.

Weitere Wortmeldung:

Johann Widmer (SVP): Die SVP ist in der Minderheit, aber mit anderer Begründung. Geld im Euroraum aufzunehmen, sehen wir als törichte Strategie. Wer weiss, wo die verschuldete und überinvestierte EU hinsteuert. Die ist noch schlechter dran als Zürich.



4 / 31

S. 183	20 2015 3132 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025.	Antrag Stadtrat				873 000 Mehrheit	Lara Can (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			50 000		823 000 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Keine Abklärungen (zur Kapitalaufnahme im Euroraum) «auf Vorrat»			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 026.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL): Der Antrag betrifft eine Erhöhung der Stellen im Sozialdienst und in der Gemeinwesenarbeit von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ). Das Portfolio von LSZ umfasst rund 10 000 Wohnungen. Die LSZ sagt, dass sie das wachsende Portfolio auch im Sozialdienst berücksichtigt. Im Zeitraum der Jahre 2022–2025 erhöhte sie die Stellenwerte von 310 Prozent auf 530 Prozent. Nun gibt es zusätzlich eine Assistenzstelle von 0,6 Stellenwerten zur Unterstützung. Aktuell ist bei der Sozial- oder Gemeinwesenarbeit der LSZ eine Person für 1800 Wohnungen zuständig. Bei grossen Genossenschaften im Raum Zürich ist eine Person für etwa 1000 Wohnungen zuständig, auch wenn diese Organisationen nicht eins zu eins vergleichbar sind. Auch private Immobilienverwaltungen setzen immer mehr auf Siedlungscoaches, um das Zusammenleben der Bewohner*innen zu verbessern und damit den Aufwand in den Verwaltungen zu mindern. Generell kann man sagen, dass Gemeinwesens- und Sozialarbeit präventiv wirkt. Es gibt viele geeignete Projekte, mit denen man das Zusammenleben in den Siedlungen fördern kann. Schlussendlich verhindert das Reklamationen an die Verwaltung. Der Aufbau von tragenden Siedlungsstrukturen ist anspruchsvoll und braucht Zeit, aber die Investition lohnt sich. Gerade in Siedlungen mit unterschiedlichen Bewohner*innen ist die Gemeinwesenarbeit unerlässlich. Um auf ein Verhältnis von einem Stellenwert pro 1000 Wohnungen zu kommen, wären mit der heutigen Aufteilung von Sozial- und Gemeinwesenarbeit 5,3 Stellenwerte bei LSZ nötig. Im Gespräch und Austausch hat sich gezeigt, dass eine Erhöhung um 2 Stellenwerte sinnvoll und realistisch wäre. Ein



Problem zeigte sich, weil LSZ ein Eigenwirtschaftsbetrieb ist. Die Finanzierung von Sozialdienststellen kann man so nicht im herrschenden rechtlichen Konstrukt unterbringen und müsste sie anders finanzieren. Trotzdem ist uns dieser Antrag ein Anliegen.

Përparim Avdili (FDP): Die AL-Sprecherin sagte zum Schluss, worum es schlussendlich geht. Der Antrag ist rechtlich nicht umsetzbar, aber für die Symbolpolitik möchte man trotzdem daran festhalten. Bei der Kostenmiete muss der Aufwand des Personals, das für die Bewirtschaftung nötig ist, berücksichtigt werden. Entsprechend hätte das zur Folge, dass mit diesem Antrag die neuen Stellen woanders kompensiert werden müssten. Das kann man einseitig nicht durchsetzen. Das sagte der Stadtrat in der Beratung unmissverständlich. Darum wird eine Mehrheit den Vorstoss voraussichtlich ablehnen, aber das ist von der SP abhängig. Hier möchte ich im Namen der FDP festhalten, dass echte sozialpolitische Unterstützung nicht bedeutet, dass man Wahlgeschenke bis weit in den oberen Mittelstand verteilt, sondern die endlichen Ressourcen dort fokussiert, wo es nötig ist. Dieses Problem haben wir im Wohnbereich durchaus. Echte Wohnsozialpolitik würde bedeuten, dass nur Leute, die aus sozioökonomischen Gründen Wohnungen brauchen, welche bekommen – indem man Einkommenslimiten auch streng durchsetzt.

Weitere Wortmeldungen:

Lara Can (SP): Die SP wechselt von einer technischen Enthaltung zur AL. Die wertvolle Arbeit vom Sozialdienst, gerade in grossen Siedlungen, finden wir unterstützenswert. Uns ist wichtig, dass die neuen Kosten für den Sozialdienst nicht auf die Bewohnenden abgewälzt werden. In der Beratung haben wir entsprechende Fragen gestellt. Wir finden, dass die ganze Stadt profitiert, wenn der Sozialdienst in grossen städtischen Siedlungen dafür sorgt, dass die verschiedensten Menschen gut zusammenleben können.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Der Argumentation von Tanja Maag (AL) und Lara Can (SP) schliesse ich mich an. Das Zusammenleben ist eine wichtige Angelegenheit, die anspruchsvoll sein kann. Verschiedensten Lebenssituationen soll Rechnung getragen werden. In einem Wohnhaus, wo viele Menschen zusammenleben, kann es zu Spannungen und Missverständnissen kommen. Wenn in der Nachbarschaft etwas wie Anzeichen von häuslicher Gewalt oder andere Belastungen auffallen, gibt es normalerweise viele Hürden, bis man etwas tut. Eine Anlaufstelle wie einen Sozialdienst zu haben, ist sehr sinnvoll und hilft, als Nachbarschaft Zivilcourage zu zeigen. Den Sozialdienst sehen wir als präventiv, unterstützend und wichtig fürs Zusammenleben.

Tanja Maag (AL) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 301 200 Franken: Die Antworten der Verwaltung haben Interpretationsspielraum gelassen, Përparim Avdili (FDP). Sie widersprachen sich, da eine Antwort lautete, dass eine moderate Aufstockung denkbar wäre. Es war die Rede von Umsetzungsproblemen, aber dessen sind wir uns bewusst. Auch die LSZ sieht, dass mehr Herausforderungen bestehen und die Komplexität im Zusammenleben steigt. Daher ist der Vorstoss keine Klientelbewirtschaftung, sondern eine wirksame und niederschwellige Arbeit vor Ort.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Sozialdienst ist tatsächlich wichtig. Alle grösseren Liegenschaftsbesitzenden haben einen und in der LSZ braucht es diesen besonders stark, da wir eine Mieterschaft haben, die spezielle soziale Herausforderungen stellt. Der Sozialdienst ist im letzten Jahr gewachsen. Die LSZ spart ihn nicht klein, doch die geforderte Verdoppelung des Parlaments ist besserwisserisch. Der Vergleich mit anderen Genossenschaften vernachlässigt, dass es unterschiedliche Systeme gibt. Einige Mitarbeitende der LSZ haben auch eine sozialarbeiterische Tätigkeit, daher kann man den Schlüssel nicht übertragen. Bei fünf Stellen hätte ich Ihnen klar gesagt, dass wir diese nicht schaffen werden. Wenn es ein Budget für eine bis zwei Stellen ist, schauen wir die Sache an, auch wenn wir über den Bedarf hinausarbeiten. Es wäre daneben, diese freizustellen, da sie zur Kostenmiete hinzugehören. Ich warne die SP davor, an der Kostenmiete zu schrauben und Sonderfinanzierungen zu finden. Damit gefährden Sie mehr. Wir nehmen es entgegen, aber es wird nach Bedarf mit dem wachsenden Bestand angeschaut.

S. 187	20 2021 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026.	Antrag Stadtrat				22 278 600 Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				301 200	22 579 800 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Mit einer moderaten Aufstockung könnte der Sozialdienst nicht nur schwierige Fälle besser begleiten, sondern auch präventive Arbeit leisten, was allen Bewohnenden und auch der Verwaltung der verschiedenen städtischen Siedlungen zugutekäme. Der Schlüssel von ca. 1 Stelle pro 1000 Wohnungen entspricht der gängigen Praxis von Genossenschaften mit grossen Wohnungsbeständen. Damit der Sozialdienst dieses Verhältnis erreicht, sind gemäss Angaben des Finanzdepartements 5,3 Stellen einzusetzen.			

Tanja Maag (AL) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 301 200 Franken.



Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 027. und 028. (Postulat GR Nr. 2025/558)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück und begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5459/2025): Zunächst rede ich zum Antrag. Mit der PubliBike-Weisung wurde uns versprochen, dass die Dienstveloflotte abgeschafft und durch PubliBike ersetzt würde. Es zeigte sich, dass es ein Parallelsystem gibt und der Betrieb und die Beschaffung von E-Bikes noch immer vorhanden sind. Wenn wir den Antrag aufrechterhielten, würde man statt E-Bike Auto fahren. Der Antrag 27 ist somit in Absprache mit allen Vertretungen der Mehrheit zurückgezogen. Nun zum Postulat: Die Mobilität in dieser Stadtverwaltung muss gesamthaft koordiniert werden. Das geschieht bereits bei den Autos, bei deren Beschaffung das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) und Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) den Lead haben. Da wir immer mehr E-Bikes und die PubliBike-Abonnements haben, ergibt es Sinn, dieses Anliegen zu zentralisieren. Daher beantragen wir mit dem Postulat, dass die Koordination aller Mobilitätsformen inklusive Abonnements zentralisiert wird.

Lara Can (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Der Stadtrat legte in seinen Ausführungen dar, dass es im konkreten Fall von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) nachvollziehbare Gründe gibt, dass gewisse Mitarbeitende PubliBike nicht nutzen können. Man kann derzeit nämlich keine exklusiven Velostationen bereitstellen. Es wird weiterhin Ausnahmefälle geben, da eine gesicherte Verfügbarkeit der E-Bikes nicht gewährleistet werden kann. Wir lehnen das Postulat ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Eine zentrale Regelung für die Velos neben den Business-Abonnements empfinden wir als sinnvoll. Das kann über die Fahrzeugkommission geschehen. Ich gehe davon aus, dass die Business-Abonnements von Züri Velo 2.0 ihren Zweck für die grosse Mehrheit der städtischen Mitarbeiter*innen gut erfüllen. Die Abonnements sind zentral geregelt und stehen allen Mitarbeiter*innen offen. Grundsätzlich ist es die Aufgabe des TED, für die Umsetzung der Business-Abonnements zu sorgen. Es besteht ein Austausch mit PubliBike. Kürzlich informierte das TED die Stadtverwaltung, wie das ab Januar funktioniert. Wir werden schauen, was die beste Lösung ist, um das Anliegen zentral zu managen.



S. 189	20 2021 3161 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Mieten, Benützungskosten Mobilien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
027.	Antrag Stadtrat				150 000 Minderheit	Lara Can (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			65 000		85 000 Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Nutzung der städtischen PubliBikeabos statt eigener E-Bikes			

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 029. bis 032. (Postulate GR Nrn. 2025/571 und 2025/570)

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Lara Can (SP): Das Budget des Stadtrats sieht Gelder für Liegenschaftenkäufe von knapp 5 Millionen Franken vor. Für eine Kommissionsmehrheit ist nicht verständlich, wieso in Anbetracht der akuten Wohnungskrise weniger Geld als im Vorjahr ausgegeben werden soll. Darum beantragen wir die Erhöhung auf insgesamt 600 Millionen Franken – so wie letztes Jahr. Das ist das Mindeste, um weiterhin auf das Drittelsziel hinzuwirken. Auch aus finanzieller Sicht sind die 600 Millionen Franken gut investiert. Einerseits besitzt die öffentliche Hand durch die Käufe extrem werthaltigen Boden. In den letzten 10 Jahren ist der Wert von städtischem Boden um etwa 130 Prozent gestiegen. Andererseits generiert die Stadt direkte Einnahmen aus diesen Liegenschaften; allein letztes Jahr lagen die Miet- und Pachteinnahmen bei 325 Millionen Franken. Investitionen in den Boden sind wir der heutigen und zukünftigen Stadtbevölkerung schuldig.

Përparim Avdili (FDP) begründet den Antrag der Minderheit 1 und das Postulat GR Nr. 2025/571 (vergleiche Beschluss-Nr. 5501/2025): Die SP verhält sich wie ein Immobilienhai, der auf Preise auf dem Immobilienmarkt spekuliert. Anders kann man sich die realitätsverweigernden Anträge nicht erklären. Die FDP hat Anträge gestellt, um das Wohnproblem ernsthaft zu lösen und einem bevorstehenden Finanzdebakel zukünftiger



Generationen entgegenzuwirken: Wir wollen die Käufe von Liegenschaften und Grundstücken komplett streichen. Seit Jahren stellen wir fest, dass die mehreren 100 Millionen Franken – unterdessen mehrere Milliarden – nicht nur das Grundproblem nicht lösen, sondern die Preistreiberei unterstützen. Mit Steuergeldern versucht man, die Leute vom eigenen wohnpolitischen Debakel abzulenken, indem man mehrere 1000 bezahlbare Wohnungen komplett verhindert oder massiv verzögert hat. Da können wir nicht weiter zusehen, besonders wenn wir die Entwicklung des Fremdkapitals anschauen. Darum reichen wir ein Postulat ein, das vom Stadtrat eine finanzpolitische Repriorisierung fordert. Es soll dem Vorsteher des Finanzdepartements helfen, da ihm offenbar der Mut fehlte, konsequent mit konkreten Massnahmen aufzutreten, um Richtwerte oder die Deckelung von Investitionen umzusetzen. Das einfachste und effektivste Mittel ist, von diesen Liegenschaftskäufen abzusehen, da sie das wohnpolitische Problem nicht lösen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Der Stadtrat schlägt für Grundstück- und Gebäudekäufe 500 Millionen Franken vor. Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) sagt dazu, dass die Anzahl und das Volumen des Liegenschaftsangebots innerhalb eines Jahres stark schwanken können. Es ist weder vorhersehbar noch steuerbar. Als Richtschnur scheinen uns die vorgeschlagenen Beträge vernünftig. Bezahlbare Wohnungen zu erhalten und zu ermöglichen, ist ein offizielles Ziel, das ohne Käufe nicht erreichbar ist. Wegen der Marktvolatilität sind tiefere Limiten nicht sinnvoll, da es in einem Jahr wenig passende Angebote und im anderen wieder mehr geben kann. Darum ist nicht zu erwarten, dass der Kredit in jedem Jahr ausgeschöpft wird. Erhöht werden soll der Betrag nicht, da die Käufe mehrheitlich mit Fremdgeldern finanziert werden. Die langfristigen Schulden sollten nicht allzu stark steigen. Wir unterstützen beide Anträge des Stadtrats.

Sven Sobernheim (GLP): Die Liegenschaftenkäufe sind eine Massnahme, um das Drittelziel zu erreichen. Damit sie aber wirklich einschenken, müssen wir die Reserven, die wir beim Kauf von Liegenschaften und Grundstücken bezahlen, auch realisieren. Der Gemeinderat hat in der Vergangenheit gezeigt, dass er diesen Raum sehr wahrscheinlich nicht nutzen wird – wie mit der Streichung des Arealbonus, der im Parlament immer wieder gefordert wird. Darum nehmen wir den Stadtrat in die Pflicht, dass er endlich mit den Arealentwicklungen startet. Damit wir sehen, ob das funktioniert oder dass er die Liegenschaften entsprechend dem Baurecht abgibt oder sie als letzte Option im Eigentum der LSZ verbleiben. Damit wir das testen können, benötigen wir keine 500 Millionen Franken mehr. Für strategische Liegenschaftenkäufe sind 350 Millionen Franken aus unserer Sicht ausreichend. Damit kaufen wir nicht alles, sondern nur, was wir arrondieren können oder was sich lohnt. In diesem Sinn lehnen wir beide Postulate ab.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2025/570 (vergleiche Beschluss-Nr. 5500/2025): Unser Postulat fordert mehr Flexibilität beim Investieren und zwar in beide Richtungen. Finanzrechtlich hat der Stadtrat bereits heute das Recht und die Kompetenz, Liegenschaften in beliebiger Preishöhe zu kaufen. Trotzdem ist es faktisch so, dass sich der Stadtrat an das bewilligte Budget des Gemeinderats gehalten hat. Im aktuellen Jahr sind wir noch nicht einmal bei der Hälfte des bewilligten Budgets. Demokratiepolitisch ist das nachvollziehbar, zumindest solange das Budget nicht im deutlichen



Widerspruch zum Drittelsziel steht. Das wäre der Fall, wenn sich die bürgerliche Seite inklusive GLP mit den Kürzungen durchsetzen würde. Ansonsten ist es vertretbar, das Budget des Gemeinderats als Leitlinie zu nehmen. Wichtig ist, dass man diese Leitlinien flexibel im mehrjährigen Schnitt anschaut, sodass man ungefähr ausgibt, was der Gemeinderat bewilligt hat – mit der Flexibilität, bei triftigem Anlass mal weniger auszugeben. Umgekehrt soll es aber auch die Flexibilität nach oben geben, sodass die Kaufabteilung der LSZ Opportunitäten auf dem Markt nutzen oder laufende Verhandlungen vom Dezember im Januar weiterführen kann, ohne dass ein Teil des neuen Budgets bereits aufgebraucht ist. Ökonomisch und wohnbaupolitisch ist es sinnvoll, dass man Käufe in der Grössenordnung des gemeinderätlichen Budgets vornehmen kann. Die letzten Zahlen zeigen, dass der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen seit dem Volksentscheid zum Drittelsziel um deutliche 0,5 Prozent zurückgegangen ist. Dieser Rückgang zeigt, dass man solche Käufe nebst allen anderen Massnahmen tätigen muss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat sagt zu beiden Postulaten Nein. Die eine Seite will, dass man viel mehr ausgibt, während die andere Seite nur noch zwingende Ausgaben möchte – «zwingend» in einem Sinn, der der Gemeindeordnung widerspricht. Gemäss dieser müssen wir laufend hinzukaufen und erweitern. Daher lehnen wir beide Postulate ab. In Bezug auf die Inflationsprojizierung macht es keinen Sinn, einen Punkt dermassen hoch und fix zu setzen und dann Budgetüberträge zu machen. Das führt zu unmöglichen Verhandlungssituationen. Der Stadtrat wird weiterhin Liegenschaften kaufen. Die Käufe werden sich in die Investitionsplanung einordnen. Wir kaufen Liegenschaften nicht um jeden Preis, sie müssen bezahlbar sein und sinnvolle Mietpreise ergeben.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Der Stadtrat klingt vernünftig im Gegensatz zu dem, was man im Rat dazu hört. Eigentlich zeigt die Debatte nur euer Totalversagen im Wohnungsmarkt. Ihr jammert, dass ihr eure selbst gesteckten Ziele nicht erreicht. Dass das passiert, hoffe ich sogar. Ihr seid Mietzinstreiber, weil ihr von Ökonomie nichts versteht. Wenn der Staat den Wohnungsmarkt austrocknet und die Häuserpreise in die Höhe treibt, ist klar, dass die Mietzinse ebenfalls steigen. Wohnbaubremser seid ihr ebenfalls.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wenn immer gesagt wird, dass die LSZ kaufen müsse, werden weitere wohnraumschaffende Akteure wie bspw. die städtische Wohnbaustiftung ausgeblendet. In dieser Diskussion bitte ich um das Bewusstsein, dass nicht nur die LSZ in die Pflicht genommen werden muss und das Potenzial hat, zum Drittelsziel beizutragen.*

Tanja Maag (AL): *Immobilienhaie vermieten ihre Wohnungen auf dem freien Markt und zocken ab, schmeissen Leute raus, kündnen leer und sahen dabei eine ordentliche*



*Rendite ab. Das ist die Stadt sicher nicht. Von der rechten Ratsseite kommt kein einziger konstruktiver Ansatz. Alles ist schlecht. Ihr habt das Vorkaufsrecht auf kantonaler Ebene versenkt, obwohl es für die Stadt so wichtig gewesen wäre. Darum ist es wichtig, dass die Stadt nicht an ihren Zielwerten festhält. Das ist ein gemeinsames Anliegen der linken Ratsseite. Zum Betrag von 600 Millionen Franken haben wir Hand geboten. Um das Ganze einzuordnen: Es gab eine differenzierte Berichterstattung, die zeigte, dass die Stadt in den Jahren 2022/23 leicht mehr Wohnungen kaufte, als es von der Portfoliostrategie vorgesehen gewesen wäre. Der Bericht nennt aber auch Punkte, deren Berücksichtigung für uns wichtig sind: Es ist nach wie vor die richtige Strategie, auf diesem Niveau zu fahren. Doch das Bauentwicklungspotenzial muss auch berücksichtigt werden und in welchem Zeitrahmen eine Realisierung stattfinden kann, sodass sie sozialverträglich erfolgt. Der Stadtrat möchte ja nicht Wohnungen oder Liegenschaften abreissen, um sie anschliessend teurer zu vermieten. Wie gesagt, haben wir kein Vorkaufsrecht und darum sind die künftig realisierbaren Nutzungsreserven abgebildet, was das Ganze nicht günstig macht. Aufgrund dieser Berichterstattung denken wir, dass sorgfältige Arbeit geleistet wird. Die SP verbrät wertvolle Begleitpostulate mit symbolischen Nachrichten. Es erstaunt uns, dass ihr euren Stadträt*innen über Budgetpostulate solche Liebesbriefe schickt. Der Stadtrat hat immer die Kompetenz, den Betrag nach Bedarf zu überschreiten, darum ist dieser Prüfauftrag harmlos und wir stimmen zu.*

Felix Moser (Grüne): Die Stadt steht in der Wohnpolitik extrem unter Druck. Die Mieten steigen seit Jahren deutlich schneller als die Einkommen. Ganze Quartiere verändern sich wegen der Gentrifizierung und es gibt eine erschreckende Zunahme an Leerkündigungen und Ersatzneubauten, in denen die Bewohnenden keinen Platz mehr haben. Das sind keine Einzelfälle, sondern strukturelle Probleme, die Menschen aus allen Quartieren betreffen. Um das zu verhindern, kann die Stadt Liegenschaften kaufen und selbst zur Kostenmiete anbieten. Der vorliegende Antrag von 600 Millionen Franken für den Erwerb von Liegenschaften und Grundstücken ist ein guter Vorschlag, auf den wir uns mit AL und SP geeinigt haben. Das Angebot an geeigneten Objekten ist begrenzt. Die LSZ macht einen guten Job. Jede Liegenschaft, die so in städtische oder gemeinnützige Hände kommt, wird dem Markt entzogen und bleibt langfristig bezahlbar. Das Postulat der FDP lehnen wir ab, da ihr auf nicht zwingend notwendige Liegenschaftskäufe verzichten wollt. Dem andern Postulat stimmen wir zu, hoffen aber, dass nicht bei jedem Antrag die Forderung kommt, dass man den Budgetbetrag ausschöpfen soll.

Sven Sobernheim (GLP): Ich wehre mich gegen die Unterstellung: Die 350 Millionen Franken für Liegenschaftskäufe stehen nicht im Widerspruch zum Drittelsziel. Den Volksentscheid respektieren wir. Dieser Betrag ist ausreichend für strategische Liegenschaftskäufe, um Areale zu arrondieren und deren Entwicklung zu verbessern.

Dr. Florian Blättler (SP): Warum der Kauf von Liegenschaften ein zentraler Punkt zur Erfüllung des Drittelsziels und für die Steuerzahler*innen ein finanzieller Gewinn ist, können Sie in meinem Votum von letztem Jahr nachlesen. Was ist eine Stadt, was ist Zürich? Sind es die Menschen, die tagtäglich ihr Herzblut ins Zusammenleben investieren



*und sich in Vereinen engagieren? Oder ist die Stadt – wie in rechten Augen – ein «Immobilienasset», bei dem anonyme Immobilienkonzerne ihren Gewinn optimieren können? Sie haben eine Rentenwirtschaft, die Bewohner*innen sind ihr Asset und wenn sie die Miete nicht bezahlen können, fliegen sie aus der Stadt. Das sind die Menschen, die Jahrzehnte ihres Lebens investiert haben, um die Stadt attraktiv zu machen. Die Menschen sind die Stadt. Wir müssen dafür sorgen, dass sie in der Stadt wohnen können.*

Florian Utz (SP): *Über vier Stichworte bin ich in der Debatte gestolpert. Die SVP findet: «Hoffentlich wird das Drittelsziel nicht erreicht» und damit der Volksentscheid nicht umgesetzt. Das finde ich eine demokratischpolitisch schwierige Haltung. Der zweite Punkt betrifft ebenfalls die SVP: Johannes Widmer (SVP) fand, dass die Stadt die schlimmste Mietzinstreiberin sei. Hier würde ich empfehlen, mit euren Leuten zu sprechen, da ihr offenbar den Kontakt zur Basis verloren habt. Alle Wählerinnen und Wähler würden viel lieber in einer städtischen als in einer privaten Mietwohnung wohnen, da sie sich nur erstere leisten können. Die AL sprach von Liebesbriefen. Dass der Stadtrat das Postulat nicht entgegennimmt, zeigt, dass es nötig ist. Zum ersten Mal stellt die GLP einen Kürzungsantrag beim Kaufbudget: minus 150 Millionen Franken gegenüber dem Stadtrat und minus 250 Millionen Franken gegenüber dem heutigen Budget. Das Drittelsziel wird so nicht erreicht, da wir uns bereits mit dem heutigen Budget davon wegbewegen.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *Die Die Mitte/EVP-Fraktion ist anderer Meinung als Florian Utz (SP). Grundsätzlich ist klar, dass wir Verfechter*innen des Drittelsziels sind. Die Frage ist, zu welchem Preis und wer das bezahlt. Den Vorstoss empfinden wir als aggressive Aufforderung gegenüber dem Stadtrat. Eine solche Strategie kann gefährlich sein. Sie treibt die Immobilienpreise in die Höhe und führt zu hoher, unnötiger Fremdverschuldung. Die Verwaltung wird ebenfalls weiter aufgebläht. Ein Problem der Kaufstrategie ist, dass es gar nicht so viele passende Immobilien auf dem Zürcher Markt gibt. Wenn die Verwaltung genötigt wird, irgendetwas zusammenzukaufen, das vielleicht eine strukturell schlechte Investition ist, haftet der Steuerzahler. Das kann man nicht von der Hand weisen. Diese Strategie könnte das Vermögen der Stadt langfristig gefährden. Bereits heute gibt es Experten, die vor der Immobilienblase warnen. Wenn der Markt eine Korrektur erfährt und die Zinslast steigt – schwierig. In unseren Augen ist eure Forderung «Gambling» mit Steuergeldern. Zum Postulat der FDP: Die finanzielle Lage der Stadt ist anspruchsvoll. Daher ist es richtig, dass wir uns gut damit auseinandersetzen und prüfen, wenn es um Liegenschaftenkäufe oder Strassenprojekte geht. Wir wollen eine sinnvolle Entwicklung und dass wir verantwortungsvoll haushalten. Die Einschätzung, dass die Investitionen einen nachweisbaren Mehrwert schaffen müssen, teilen wir. Projekte ohne unmittelbaren Nutzen sollen zurückgestellt werden. Das kann Spielraum schaffen, ohne die Grundversorgung oder zentrale Leistungen zu gefährden. Diese Haltung unterstützt die Die Mitte/EVP-Fraktion ausdrücklich. Der Vorstoss weist in die richtige Richtung. Obwohl wir die vom Stadtrat beantragten Budgetgelder für die Investitionen belassen möchten, soll das Geld nicht um jeden Preis ausgegeben werden. Entscheidend wird sein, dass wir die anstehenden Prüfungen mit Augenmass, Sachlichkeit und Verantwortung angehen. Das ist im finanziellen Interesse einer gesunden Stadt.*



Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Es ist Zeit, dass wir ein paar Fakten klarstellen. Eure Anträge zur Erhöhung des Kredits und die Verpflichtung, den Kredit vollständig auszugeben, schaffen keinen Quadratmeter an Wohnraum und keine einzige günstige Wohnung. Es ist ein Trauerspiel. Weder kurz-, mittel- noch langfristig gibt es irgendeinen Effekt am Markt. Für 500 Millionen Franken könnt ihr 500 Wohnungen in der Stadt kaufen. Das sind 0,2 Promille des Wohnungsbestands. Geld wird aus dem Fenster geworfen. Die Stadt kann sich die Liegenschaftskäufe nicht leisten, das hörten wir von STR Daniel Leupi – sie muss sie fremdfinanzieren. Die Stadt hat nicht die erforderlichen personellen Ressourcen, solche Liegenschaftsgeschäfte sauber abzuwickeln. Wir laufen Gefahr, dass zu teuer gekauft, keine «Due Diligence» gemacht wird und die Stadt Wohnungen kauft, einfach damit sie eingekauft sind. Das macht keinen Sinn. Das sollen wir fördern? Die Stadt ist kein Immobilienkonzern und es ist sinnlos, als solcher auf dem Markt aufzutreten zu wollen. Tanja Maag (AL) meinte, dass wir nur motzen und keine Lösungen vorschlagen würden. Das stimmt nicht: Angebotsseitig muss aufgestockt, gebaut und die Hürden dafür herabgesetzt werden. So entsteht mehr Wohnraum, werden die Wohnungen günstiger und es profitieren alle. Wir sind gegen die staatlich finanzierte Wohnbauförderung in diesem Ausmass und damit gegen euer Postulat.

S. 192	20 2021 591006 7000 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV Investitionen in Grundstücke				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
029.	Antrag Stadtrat				100 780 000	Minderheit 2
				20 000 000	120 780 000	Mehrheit
			100 780 000		0	Minderheit 1
		Begründung:	Mehrheit: Keine Kürzung des Budgets für bezahlbare Wohnungen Minderheit 1: Keine Schuldenwirtschaft ohne Mehrwert auf Kosten der nächsten Generation			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:



14 / 31

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(100 780 000)	25 Stimmen
Antrag Mehrheit	(120 780 000)	64 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	<u>35 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 030.

Wortmeldungen siehe Antrag 029.

S. 192	20 2021 591006 7040 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV Investitionen in Gebäude				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
030.	Antrag Stadtrat			402 514 000	Minderheit 3	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat
			80 000 000	482 514 000	Mehrheit	Lara Can (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		402 514 000		0	Minderheit 1	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
		150 000 000		252 514 000	Minderheit 2	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat
		Begründung:				
		Mehrheit: Keine Kürzung des Budgets für bezahlbare Wohnungen				
		Minderheit 1: Keine Schuldenwirtschaft ohne Mehrwert auf Kosten der nächsten Generation				
		Minderheit 2: Der Stadtrat soll seine Strategie auf strategische Liegenschaftenkäufe ausrichten.				

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:



15 / 31

Antrag Stadtrat / Minderheit 3	(402 514 000)	10 Stimmen
Antrag Mehrheit	(482 514 000)	64 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	36 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(252 514 000)	<u>15 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 033.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Martina Zürcher (FDP): Dieses Jahr konnte die FDP die SP von unserem Antrag zur Grundstückgewinnsteuer überzeugen. Mit dem Antrag zur Erhöhung auf 540 Millionen Franken liegen wir beim Budget 2025. Bei den offenen Fällen der Depotleistung ist der Stand Ende Oktober 2025 1,2 Milliarden Franken. In der Vergangenheit hatten wir mit unseren Anträgen meistens recht. Hoffentlich ist das auch dieses Mal der Fall.

Felix Moser (Grüne): Die FDP, weitere bürgerliche Parteien und die SP wollen mehr Einnahmen aus der Grundstückssteuer. Mehr Einnahmen ohne mehr Belastung hätten wir alle gerne. Die Steuereinnahmen abzuschätzen, ist immer schwierig. Wir vertrauen hier lieber dem Stadtrat: Er budgetiert eher zurückhaltend, aber planbar. Der Antrag der FDP ist Kaffeesatzlesen. Wenn ich höre, dass Sie es gut finden, wenn die Grundstücksgewinnsteuern hochgehen, weiss ich nicht, ob ich das gut finde. Denn wenn diese immer höher werden, werden mehr Grundstücke und Liegenschaften verkauft und vor allem teurer. Die Kosten werden eins zu eins auf die Mietenden überwälzt. Damit geht günstiger Wohnraum verloren und wir erleben Mietzinserhöhungen in den verkauften Liegenschaften. Was für Verkäuferinnen und Verkäufer ein privater Profit ist, bedeutet für die Stadt eine massive Verschlechterung der Wohnsituation und dass Mieterinnen und Mieter verdrängt werden. Die Entwicklung verändert unsere Stadt zum Schlechten.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): Die AL wechselt von der Enthaltung in die Minderheit. Die Begründung ist, dass wir keine Budgetkorrekturen wollen.



Markus Haselbach (Die Mitte): Eben hörten wir, was höhere Grundstückgewinnsteuern Negatives bedeuten könnten. Mit diesem Antrag erhöhen wir diese Steuer nicht und niemand muss mehr bezahlen. Es ist ein Antrag, der nichts kostet und nichts einbringt. Er reduziert lediglich die Differenz zwischen Rechnung und Budget. Wir schätzen das als einigermassen realistisch ein, daher stimmen wir zu. Es hat aber nicht viel Bedeutung.

Florian Utz (SP): Wenn wir davon ausgingen, dass man mit diesem Antrag die Höhe der Grundstückgewinnsteuereinnahmen beeinflussen könnte, würden wir für tiefere Steuereinnahmen stimmen. Mit diesem Antrag kann man aber nicht beeinflussen, wie viele Steuern anfallen und wie sich die Immobilienpreise entwickeln werden. Beeinflussen können wir das, wenn die Stadt und die Genossenschaften mehr Grundstücke haben. Die Einschätzung der Freisinnigen halten wir für realistisch.

Michael Schmid (FDP): Im Finanz- und Aufgabenplan steht: «Die Grundstückgewinnsteuern werden mit 500 Millionen Franken budgetiert (Vorjahr: 540 Millionen Franken). In den letzten Jahren wurde ein reger Liegenschaftenhandel mit hohen Verkaufspreisen verzeichnet. Eine Gegenentwicklung ist im aktuellen Jahr nicht zu erkennen. Für die Planjahre wird mit einer konstanten Ertragsentwicklung bei der Grundstückgewinnsteuer gerechnet». Konstant bedeutet für mich, dass es 540 Millionen Franken bleiben. Bei 1,2 Milliarden Franken Depotleistung ist das Geld mehr als doppelt drin. Bei allem Vertrauen in den Stadtrat können Sie unserer Mehrheit folgen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ein Votum zur Senkung der Grundstücksgewinnsteuer habe ich von der SP noch nie gehört. Dieses Jahr liegt die FDP mit ihrer Einschätzung daneben. Natürlich gibt es grosse Depotzahlungen, aber diese manifestieren sich nicht automatisch in eingehenden Rechnungen, sondern in dem, was die Mitarbeitenden zuhanden der Kommission abarbeiten können. Es gibt immer wieder Fälle, in denen einige Millionen Franken nicht realisiert werden können. Die Gleichung «Depotzahlung gleich Umsetzung» ist sehr einfach gestrickt. Manchmal gibt es Komplexitäten. Ihre Einschätzung ist reine Spekulation.

Florian Utz (SP): Wenn man will, kann man jedes Votum falsch verstehen. Mein Votum bezog sich auf die Aussage von Felix Moser (Grüne), dass steigende Grundstücksgewinnsteuern das Ergebnis steigender Grundstückspreise und somit steigender Mieten seien. Mein Punkt war, dass wir, wenn man die Grundstückspreise so steuern könnte, für den tieferen Antrag stimmen würden. Denn dass die Grundstückspreise und Mieten steigen, wollen wir ja nicht. Wenn die Preise und somit die Grundstücksgewinnsteuer steigen, sollte man das im Budget abbilden. Die Steuer wollen wir natürlich nicht senken.



17 / 31

S. -	20 2040 4022 00 000	FINANZDEPARTEMENT				
		Steueramt				
		Grundstückgewinnsteuern				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
033.	Antrag Stadtrat			-500 000 000	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat
		40 000 000		-540 000 000	Mehrheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Tanja Maag (AL)
		Begründung: Erhöhung der budgetierten Grundstückgewinnsteuern um 40 Millionen Franken. Es ist aus den pendenten Fällen der Depotleistungen offensichtlich, dass die Grundstückgewinnsteuern um einiges höher ausfallen werden.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 034.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Selina Frey (GLP): Viel haben wir über Investitionen und deren Wirkung diskutiert. Die GLP hat den Anspruch, Themen ausgeglichen in Angriff zu nehmen. Wir sind von Wandel umgeben. Menschen sollten die Chance haben, den Wandel mitzugestalten. Unser Antrag geht in diese Richtung. Mit den zusätzlichen 100 000 Franken für Ausbildungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) stellen wir sicher, dass nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch die Stadtverwaltung ihre Mitarbeitenden befähigt, an der Transformation teilzuhaben. Unter dem Jahr gab es diverse Vorstösse, um neue KI-Lösungen zur Effizienzsteigerung und Problemlösungen grosser Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Das muss man aber fertigdenken. Die GLP ist für Innovation und Fortschritt – auf sozialverträgliche und verantwortungsvolle Weise. Darum ist dieses Geld gut investiert. Der Gründer der Firma NVIDIA meinte, dass man in naher Zukunft nicht durch KI ersetzt werde, sondern durch Menschen, die mit KI umgehen können. Wir tragen Verantwortung für unsere Leute – wenn sie bei uns sind, aber auch auf dem Arbeitsmarkt.

Tanja Maag (AL): Für die Mitarbeitenden der Stadt sind folgende Weiterbildungen geplant: Kurse für Führungskräfte und neue Fortbildungsangebote für Berufsbildner*innen



und Lernende. Das wurde von Human Resources Management (HRZ) lanciert, betrifft aber die ganze Stadt. Nachdem Organisation und Informatik (OIZ) allen Mitarbeitenden eine spezifische Weiterbildung zur Anwendung neuer Technologien angeboten hat, gibt es seit Ende Oktober 2025 Selbstlernangebote, die allen Mitarbeitenden der Stadt offenstehen. Der Kurs bietet einen Einstieg in das Thema KI inklusive Richtlinien. Eine Übersicht zu den Teilnehmenden der KI-Weiterbildungen zeigt, dass die Kurse hauptsächlich von HRZ und OIZ besucht wurden. Da gibt es Luft nach oben. Mitarbeitende sollen angespornt werden, die Fortbildungsangebote zu nutzen. Das Angebot selbst ist aus Sicht der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) eine gute Basis, die vorerst ausreicht. Wir sehen nicht, wie man mit 100 000 Franken eine Sensibilisierung erreicht.

Weitere Wortmeldungen:

Selina Frey (GLP) stellt den Antrag der Minderheit neu auf Konto Nr. 3132 00 000, Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.: Ich möchte anfügen, dass das im Antrag genannte Konto so interpretiert werden kann, dass das Angebot nur für HRZ-Mitarbeitende sei. Das ist nicht unsere Absicht. Sollte das tatsächlich so sein, soll das Angebot stattdessen auf 3132 00 000 «Externe Honorare» verbucht werden. Das war für uns nicht schlüssig. Wir wollen handeln – egal auf welchem Konto. Zur Anzahl der bestehenden Weiterbildungen: Es sind webbasierte Trainings die online stattfinden. Das ist gut, aber bei weitem nicht das, was die aktuelle Geschwindigkeit der Entwicklungen verlangt. Zudem ist keiner dieser Kurse obligatorisch. Die meisten Firmen führen das durch die Organisation selbst für die Mitarbeitenden ein.

Johann Widmer (SVP): Die SVP wird die 100 000 Franken bewilligen. Bereits in mehreren Postulaten forderten wir, dass man die Verwaltung mit KI ausstattet, um sie effizienter zu machen. Diese KI-Tools kann man nur sinnvoll nutzen und einsetzen, wenn man sie beherrscht. Das braucht eine Ausbildung und Schulung. Daher sind wir bei diesem Postulat dabei und wollen zielgerichtete KI-Schulungen.

Lara Can (SP): Wir wechseln von der Enthaltung in die Minderheit und unterstützen den Antrag der GLP zur Stärkung der KI-Kompetenz.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion wechselt von der Enthaltung zur Mehrheit. Wir schliessen uns Tanja Maag (AL) an. Das HRZ hat die Sache im Griff. Die Ausbildung, Stärkung und Sensibilisierung von KI-Kompetenzen werden bereits gemacht. Es braucht nicht mehr als die vom Stadtrat beantragten Mittel.

Përparim Avdili (FDP): Bei diesen Voten kann ich mir nicht vorstellen, dass jemand im Rat eine ernsthafte Vorstellung davon hat, was mit KI auf uns zukommen wird. Es scheint, als wäre sie nur ein Tool, das man neu erlernen muss und dann hat man's im Griff. Für die AL ist KI ein kapitalistisches Instrument, das man anscheinend verhindern kann, indem man die Leute nicht auf sie schult. Der Arbeitsmarkt wird revolutioniert wer-



den. Da werden 100 000 Franken nicht reichen. Es braucht ein tiefgreifenderes Verständnis in der Gesamtverwaltung und insbesondere wirtschaftlich, wie man zukünftig mit KI umgeht. Den Antrag braucht es in dieser Form nicht, darum lehnen wir ihn ab.

S. 208	20 2050 3132 00 000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034.	Antrag Stadtrat				859 000	Mehrheit
				100 000	959 000	Minderheit
						Enthaltung
						Tanja Maag (AL) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Felix Moser (Grüne)
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Johann Widmer (SVP)
						Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Stärkung und Sensibilisierung der KI-Kompetenzen bei den städtischen Angestellten			

Selina Frey (GLP) stellt den Antrag der Minderheit neu auf Konto Nr. 3132 00 000, Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 035.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Lara Can (SP): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) unterstützt unseren Antrag zur Bereitstellung finanzieller Mittel für die Umsetzung eines Pilotversuchs zur Viertagewoche mit interessierten Unternehmen aus der Privatwirtschaft. Es ist nicht einleuchtend, wieso der Stadtrat zuerst die Umsetzung der 35-Stunden-Woche bei städtischen Angestellten im Schichtbetrieb abwarten möchte. Das sind verwandte Themenbereiche, aber doch nicht dasselbe. Zudem gibt es international bereits erkenntnisreiche Studien zur Viertagewoche in privatwirtschaftlichen Unternehmen. Diese Forschung ist für den Piloten wichtig, da wir uns an ihr orientieren und weitere Erkenntnisse als Stadt



schaffen können. 54 von 61 Unternehmen, die an einem solchen Piloten beteiligt waren, entschieden, bei der Viertagewoche zu bleiben. Es ist Zeit, dass Zürich vorwärts macht.

Sven Sobernheim (GLP): Weder der Stadtrat noch die Minderheit hat die Vorstösse miteinander verknüpft, sondern ihr. Sie waren in der Beratung so eng verknüpft, dass Anna Graff (SP) in ihrer Argumentation gleichzeitig das Postulat begründet und STR Daniel Leupi, der die Motion ablehnte, widersprochen hat. Es war von euch immer angedacht, die beiden Vorstösse gemeinsam zu behandeln. Nun wollt ihr sie wieder trennen, weil der Stadtrat aufgezeigt hat, dass euer Pilot rechtlich schwierig ist. Es ist klar, dass die Vorstösse weiter verknüpft sein müssen: die Umsetzung der 35-Stunden-Woche bei städtischen Angestellten sowie die Viertagewoche parallel in der Privatwirtschaft.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Es erschliesst sich mir nicht, wieso der Staat einen Pilotversuch für die Privatindustrie wissenschaftlich begleiten soll. Wenn ich in meiner Bude entscheide, die 35-Stunden-Woche einzuführen, mache ich das. Ich muss es nicht wissenschaftlich begleiten. Die Firmen, die hier mitmachen, können nur von eurer Klientel sein.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Sven Sobernheim (GLP) hatte teilweise recht, wenn er von den Gründen der Entkopplung der Vorstösse spricht. Niemand im Rat konnte damit rechnen, dass der Stadtrat findet, dass das 35-Stunden-Pilotprojekt in den meisten Abteilungen ausser dem Stadtspital nicht gehe. Diesen Widerspruch konnte er bisher mit keinem Wort erklären. Seit 3,5 Jahren warten wir darauf, dass der Pilot stattfindet. Irgendwann muss man vorwärtsmachen. Das ist ein Entkopplungsversuch, der aus der Notwendigkeit entstand, da sich der Stadtrat noch eine Legislatur Zeit nehmen möchte.

Anna Graff (SP): Die Vorstösse wurden gemeinsam beraten und behandelt und sind inhaltlich verknüpft. Dennoch geht es um eine Arbeitszeitreduktion in unterschiedlichen Settings. Von Anfang an war klar, dass die Umsetzung der Geschäfte durch den Stadtrat unabhängig voneinander erfolgen kann. Daher ist der Antrag richtig.

S. 208	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2050	Human Resources Management			
	3132 00 000	Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
035.	Antrag Stadtrat			859 000	Minderheit Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)



40 000 899 000 Mehrheit

Lara Can (SP) Referat,
Dr. Florian Blättler (SP),
Leah Heuri (SP), Tanja
Maag (AL), Felix Moser
(Grüne), Florian Utz (SP)

Begründung: Der wissenschaftlich begleitete Pilotversuch für eine Viertagewoche mit interessierten privatwirtschaftlichen Unternehmen soll bereits im Jahr 2026 gestartet werden und nicht erst nach der Umsetzung der Motion GR Nr. 2022/287. Aufgrund des unterschiedlichen Settings werden auch unterschiedliche Erkenntnisse erwartet, weshalb ein Abwarten der Erfahrungen aus der Motion GR Nr. 2022/287 nicht notwendig ist.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 036.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Dieser Antrag möchte 6 Stellen im Informatikbereich von Organisation und Informatik (OIZ) streichen. Die Begründung lieferte die Rechnungsprüfungskommission (RPK) im Bericht. Sie schreibt, dass sich die Frage nach einer vorausschauenden, koordinierenden und kostenbewussten Stellenplanung und der Ausnutzung von Synergieeffekten stelle. Wenn gefragt wird, wieso es so stark wächst und es so viele Stellen gibt, wird man darauf hingewiesen, dass das Wachstum nicht so gross und im Einklang mit dem Wachstum der Stadt sei. Wo, wenn nicht in der Informatik, hat man Synergie- und Skaleneffekte? Darum muss die Informatik weniger schnell als der Rest der Verwaltung wachsen. Die paar Stellen kann man problemlos streichen.

Lara Can (SP): Kurz müssen wir klarstellen, ob es sich um die Streichung von 5 Stellen, wie im Antrag laut Betrag anzunehmen ist, oder doch um 6 Stellen, wie gerade begründet, handelt. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die 5 Stellen der OIZ gesprochen werden sollen und lehnt die Kürzung ab. In der Kommissionsberatung konnte überzeugend dargelegt werden, dass der Bedarf für diese Stellen sorgfältig geprüft wurde. Sie sind mit konkreten Aufgaben verbunden, die das Wachstum legitimieren: die Umsetzung der Cybersecurity-Richtlinien, die verstärkte Überwachung von Bedrohungen oder auch der erhöhte Bedarf von WLAN-Netzwerken in öffentlichen Gebäuden.



Weitere Wortmeldungen:

Christian Häberli (AL): Hinter der Begründung für die Streichung der Stellen liegt ein weitverbreitetes Missverständnis zu Skaleneffekten in der Informatik. Allgemein bedeuten Skaleneffekte, dass bei steigender Produktionsmenge die durchschnittlichen Stückkosten sinken. Das ist in der Informatik bei Software der Fall. Eine teure Software können wir praktisch kostenlos millionenfach kopieren. Dann gehen die Stückkosten zurück. Softwares funktionieren aber selten fehlerfrei und dann sind wir froh um eine Betreuung. Je umfassender die Zahl der Nutzenden, umso grösser wird der Beratungsaufwand. Das ist der sogenannte negative Skaleneffekt in der Informatik, der in der Regel unterschlagen wird. Darum lehnen wir den Kürzungsantrag ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Gerade die OIZ ermöglicht Effizienz bei ständig steigenden Anforderungen bei ebenso steigendem Volumen. Es kommen immer neue Aufgaben hinzu. Daher ist es abstrus, hier abzubauen. Die Digitalisierungsumsetzung würde so behindert.

Markus Haselbach (Die Mitte): Unsere Fraktion wechselt von der Enthaltung in die Minderheit.

S. 214	20 2080 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT				
		Organisation und Informatik				
		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
036.	Antrag Stadtrat			66 929 600	Mehrheit	Lara Can (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
				225 300 N		
		500 000		66 654 900	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung: Organisation und Informatik (OIZ) wächst seit Jahren, gleich wie die Verwaltung. Wo, wenn nicht in der Informatik, können Skaleneffekte genutzt werden? Daher soll auf fünf zusätzliche Stellen verzichtet werden.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Gemeinsame Behandlung der Anträge 037. und 038.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Flurin Capaul (FDP) stellt den Antrag der Mehrheit bei Antrag 038. neu auf Konto Nr. 3132 00 000, Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.: Der Hintergrund hierzu war ein freihändiger Zuschlag für Softwarelizenzen von VMWare über fast 25 Millionen Franken über sechs Jahre hinweg. Das ist die Basistechnologie im Rechenzentrum. Diese Technologie wird man typischerweise nicht schnell los, weil die Abhängigkeit davon hoch ist. Inzwischen wurde VMWare von Broadcom gekauft. Wer der Fachpresse folgt, weiss, dass die Lizenzbedingungen und Preise von VMWare durch diesen Kauf stark erhöht wurden. Das Risiko und die Abhängigkeit davon sind riesig. Wer mit Experten und Leitenden grosser Informatikabteilungen spricht, hört, dass die meisten Programme aufgeglegt haben, um schnell aus der VMWare-Technologie auszustiegen. Das ist nicht einfach, aber wer das nicht tut, hat bald höhere Lizenzkosten. Darum fordern wir zwei Dinge: Weil der Ausstieg nicht einfach ist, sollen in Antrag 38 235 000 Franken gesprochen werden, um mit dem Exit aus diesen Produkten zu beginnen und externe Hilfe herbeizuziehen. Zweitens erwarten wir rasche Einsparungen von einer halben Million Franken, was in Antrag 37 abgebildet ist. Anscheinend wird Antrag 38 angenommen und Antrag 37 abgelehnt, aber immerhin wird die Sache angegangen.

Felix Moser (Grüne): Die Lizenzkosten steigen tatsächlich und man muss sich überlegen, wie man weiterfährt. Von Organisation und Informatik (OIZ) erhielten wir Antworten, wie ein Rückbau aussehen könnte. Das geht nicht so schnell, wie Flurin Capaul (FDP) meint. Der Rückbau ist ein mehrjähriges Projekt, das Vorstudien, die Prüfung von Sicherheits- und Integrationsfragen und eine Marktanalyse benötigt. Für diese Phase ist eine Ausschreibung nötig. Die Migration geht anschliessend mehrere Jahre, da VMWare tief verankert ist. Man kann VMWare also nicht innerhalb eines Jahres abschalten. Geld kann im ersten Zeitraum noch nicht gespart werden. Daher sind die beiden Budgetanträge nicht realisierbar und wir können sie nicht unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Felix Moser (Grüne) kann ich mich anschliessen. Den Exit können wir nicht schnell erreichen, doch wir müssen ihn vollziehen. Es ist sinnvoll, aus dem Preisdruck rauszukommen. Das unterstützen wir, doch schnell wird es nicht gehen.

Lara Can (SP): Wir schliessen uns der GLP an und möchten den Ausstieg vorantreiben. Aber wir verstehen, dass für einen kompletten Ausstieg mehr Zeit als bis nächstes Jahr benötigt wird. Darum sollen keine Einsparungen für das nächste Jahr budgetiert werden.

Christian Häberli (AL): Wenn wir den Ausstieg aus VMWare nicht jetzt vorantreiben, geben wir dem Digitalkapitalismus weiter Vorschub. Wir finanzieren übersetzte Lizenz-



gebühren, die immer teurer werden. Die Firmen zielen mit den Profiten auf Skaleneffekte. Bei Firmen, die mit dem Ausstieg begonnen haben, haben sich erste Einsparungen innerhalb eines Jahres gezeigt. Darum unterstützen wir die Budgetkürzung.

S. 216	20 2080 3118 00 000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Anschaffung immaterielle Anlagen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
037.	Antrag Stadtrat			19 023 900	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Markus Haselbach (Die Mitte)
		500 000		18 523 900	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Tanja Maag (AL), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Erste Erfolge bei der Senkung des VMWare-Portfolios im Jahr 2026			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 73 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 038.

Wortmeldungen siehe Antrag 037.

S. 216	20 2080 3132 00 000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
038.	Antrag Stadtrat			39 156 500	Minderheit	Felix Moser (Grüne)
				1 600 000 N		Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)
			225 000	40 981 500	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP)
						Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Tanja Maag (AL), Johann Widmer (SVP)



25 / 31

Enthaltung Dr. Florian Blättler (SP),
Lara Can (SP), Leah Heuri
(SP), Florian Utz (SP)

Begründung: VMWare-Exit muss vorangetrieben werden. Projekt soll durch
Unterstützung Externer erfolgreich sein.

Flurin Capaul (FDP) stellt den Antrag der Mehrheit neu auf Konto Nr. 3132 00 000, Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 039.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP) stellt den Antrag der Minderheit neu auf Konto Nr. 3118 00 000, Anschaffung immaterielle Anlagen, und beantragt neu eine Kürzung um 220 000 Franken: Hier geht es um «Instant Response», ein Produkt von Microsoft. Der Hintergrund ist, dass immer weitere «Features» zum Standardpaket hinzugekauft wurden. Wenn man eine Risikoabschätzung bei einem schwerwiegenden Vorfall macht, kann man das folgendermassen beurteilen: Wenn es einen «Breach» gibt, möchte ich sehen, wie Microsoft nicht bereit wäre, die Stadt als grosse Kundin zu unterstützen. Hier würde ich das Risiko auf mich nehmen, statt auf Vorrat einen Check auszustellen.

Felix Moser (Grüne): «Incident Response» ist ausschliesslich für die Schulinformatik vorgesehen. Teilweise kann ich Flurin Capaul (FDP) folgen und nachvollziehen, dass man ein wenig pokern kann. Doch bei der Schulinformatik würde ich das lassen. In diesem Fall soll die Stadt es kaufen und Experimente an weniger sensiblen Stellen durchführen. Mit den zunehmenden Cyberangriffen sollten wir nicht an der Sicherheit sparen.

Weitere Wortmeldungen:

Lara Can (SP): Wir wechseln zur Minderheit und sind damit für die Abschaffung der «Incident Response». Diese Dienstleistung sollte zum Standardangebot gehören.

Christian Häberli (AL): Wir teilen die Auffassung. Mit «Incident Response» erhält man bei einem gravierenden Sicherheitsvorfall die direkte Unterstützung von Expertenteams. Angesichts der grossen Abhängigkeit von Microsoft und der horrenden Lizenzkosten, die wir bezahlen, sehen wir keinen Grund, diesen Service separat zu bezahlen.



26 / 31

S. 216	20 2080 3118 00 000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Anschaffung immaterielle Anlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
039.	Antrag Stadtrat				19 023 900 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Markus Haselbach (Die Mitte)
			220 000		18 803 900 Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
			Begründung: Verzicht auf «Incident Response», da dies zum Standardangebot gehört. Es gibt keinen Grund, dies separat zu bezahlen.			

Flurin Capaul (FDP) stellt den Antrag der Minderheit neu auf Konto Nr. 3118 00 000, Anschaffung immaterielle Anlagen, und beantragt neu eine Kürzung um 220 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 040.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Florian Blättler (SP): Datensicherheit ist ein wichtiges Thema. Trotzdem beantrage ich mit einer Mehrheit des Rats, dass wir die 2,1 Millionen Franken für den «Step Up» auf Microsoft E5 ablehnen. Bisher war es so, dass die Datenverschlüsselungen nicht nur bei Organisation und Informatik (OIZ), sondern auch bei Microsoft stattfanden. Microsoft verpflichtet sich dazu, den Schlüssel nicht zu missbrauchen. Bei einem «Step Up» auf E5 würde dieser Schlüssel offiziell nur bei der OIZ liegen. Doch die OIZ hat keine Kontrolle darüber, wie Schlüssel generiert werden oder über das kryptografische Verfahren. Das heisst, dass Microsoft nach dem Verfahren eine Kopie des Schlüssels oder eine «Backdoor» behalten kann, durch die sie die Daten auch ohne Schlüssel jederzeit entschlüsseln kann. Nach dem United States CLOUD Act kann man davon ausgehen, dass sie von Gesetzes wegen verpflichtet sind, die Schlüssel oder Backdoors bei sich zu behalten. Darum änderten die 2,1 Millionen Franken nichts am Fakt, dass Microsoft die Schlüssel hat. Daher sollten wir darauf verzichten, das anzuschaffen.



27 / 31

Felix Moser (Grüne): Auch wir setzen uns für IT-Sicherheit ein. Microsoft E5 ist ein deutlicher Mehrwert an Sicherheit im Vergleich zu Enterprise 3. Bei Sicherheit in der IT sollte man nur sparen, wenn man klar sagen kann, dass man die Mittel nicht braucht. Doch Cyberangriffe nehmen zu und werden immer komplexer. Die Stadt muss sich dagegen rüsten. Viele andere Städte, Spitäler und weitere wechseln darum auf E5.

Weitere Wortmeldung:

Christian Häberli (AL): Der Schritt von E3 auf E5 hat in Bezug auf IT-Sicherheit keinen Mehrwert. Die wesentlichen Einschränkungen hat Dr. Florian Blättler (SP) genannt. Einer Firma, die abzockt, würden wir noch mehr Geld geben. Der einzige Grund, auf E5 aufzugraden, wäre Microsoft Teams. Doch das ist in den heutigen Lizenzen enthalten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Vorbehalte gegenüber Microsoft kann ich nachvollziehen. Gewisse Anwendungen wurden wegen Fragezeichen gestoppt. Doch wenn OIZ und Datenschutzbeauftragte sagen, dass man Sicherheit gewinnen kann, habe ich höheres Vertrauen in ihre Expertise. Der Stadtrat erachtet diesen Vorgang als notwendig. Wenn Sicherheit gewonnen werden kann, sind wir verpflichtet, das Geschäft umzusetzen.

S. 216	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2080	Organisation und Informatik				
	3133 00 000	Informatik-Nutzungsaufwand				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
040.	Antrag Stadtrat			34 761 800	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat
		2 100 000		32 661 800	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobern- heim (GLP), Markus Hasel- bach (Die Mitte)
		Begründung:	Verzicht auf Upgrade auf Microsoft E5, da Sicherheitsmehrwert nicht gegeben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



SICHERHEITSDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 041. und 042. (Postulat GR Nr. 2025/532)

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Sven Sobernheim (GLP): Wir bewilligen 9 von 17 Stellen bei der Polizei. Gerne erkläre ich, wieso der Kompromiss noch immer richtig ist. Im Oktober 2021 versandte das Sicherheitsdepartement (SID) eine Medienmitteilung mit der Forderung, dass 140 neue Frontpolizeistellen in den Jahren 2022 bis 2030 geschaffen werden sollen. Gemäss dem damals angehängten Bericht war das Ziel, das Sicherheitsniveau mindestens zu halten. Eine Grösse zur Bestimmung des potenziellen Sicherheitsniveaus war die Polizeidichte: Einwohnende pro Polizist*in. Auf die stützt sich der Stellenantrag der Sicherheitsvorsteherin. Weder aus dem Polizeibericht noch der Medienberichterstattung wird klar, wieso der Wert von 285 sakrosankt ist. Mangels besserer Alternativen müssen wir mit dieser Zahl weiterarbeiten. Aktuell hätten wir bei Vollbestand eine Polizeidichte von 295. Dank Polizeistellenschaffungen haben wir diesen Wert erreicht. Im Schweizer Durchschnitt betrug die Polizeidichte 475 im Jahr 2024 und hat sich gegenüber dem Jahr 2020 noch mehr als in der Stadt Zürich verschlechtert. Es liegt also nicht am Gemeinderat – wir konnten die Polizeidichte besser halten als schweizweit. Was fehlt, ist die Stellenbesetzung. Wenn die Bevölkerungszahl im Jahr 2026 das Wachstum des Jahres 2024 fortführt, können wir die Polizeidichte mit unserer Schaffung von 9 Stellen bei 295 halten.

Johann Widmer (SVP): Der Stadtrat plant und budgetiert Polizeistellen. Die budgetierten Stellen werden zur Sicherstellung der Sicherheit in der Stadt Zürich benötigt. Wir sehen nicht ein, wieso wir nicht dem Stadtrat folgen sollten. Das Problem ist, dass man die Stellen auch besetzen muss. Dafür braucht es die Würdigung der Polizeiarbeit. Fähige Leute werden wegen fehlender Wertschätzung leider abgeschreckt, bei uns zu arbeiten.

Tanja Maag (AL): Die Stadtpolizei Zürich (Stapo) hat auf das Budget 2026 17 Frontstellen, 11 Supportstellen mit zivilem oder polizeilichem Hintergrund und 6 stellenpolizeiliche Assistenzdienste geplant. Beim Streichungsantrag der Minderheit 2 geht es ausschliesslich um die Streichung der 17 Frontstellen. Diese zusätzlichen Stellen sind eine strategische Massnahme des Stadtrats zum Aufbau, den wir nicht unterstützen können. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich nichts geändert. Eine Stellenerhöhung in der Frontabteilung der Polizei ist aus unserer Sicht keine sinnvolle Massnahme zur Erhöhung der Sicherheit in Zürich. Die Hauptbegründung für den Stellenausbau liegt unverändert darin, dass die Grösse des Corps mit der Entwicklung der Bevölkerung mithalten soll. Zürich hat im schweizweiten Vergleich eine ausreichende Polizeidichte. Als weitere Gründe werden vermehrte Konflikte im öffentlichen Raum genannt. Zürich werde jünger, was Einfluss auf das Zusammenleben im öffentlichen Raum habe. Das ist logisch, weil junge Menschen sich oft draussen aufhalten. Doch wir finden, dass es diese Konflikte



nicht mit Polizeipräsenz zu bekämpfen gilt. Es gibt sinnvollere Ansätze wie Gewaltprävention und eine gut ausgebaute Jugendarbeit. Jugendliche brauchen Perspektive in der Gesellschaft und Raum. Da nützt Polizeipräsenz nicht viel. Nicht jedes subjektive Sicherheitsbedürfnis in dieser Stadt muss mit Polizeistellen gelöst werden.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5394/2025): Die Debatte um die Polizeistellen entwickelt sich zunehmend zur Scheindebatte: Die Stellen, die der Gemeinderat jährlich bewilligt und aufstockt, können durch die Stadtpolizei gar nicht gedeckt werden. Im Jahr 2024 waren es 73 offene Stellen, dieses Jahr über 90 nicht besetzte Stellen. Die Probleme, die die Stadtpolizei hat – Überstunden, die Belastung durch Wochenendeinsätze, die vielen Veranstaltungen – sind ein unbestrittener Fakt. Wer behauptet, dass man diese Herausforderungen mit jährlich 17 zusätzlichen Stellen lösen könne, ist unehrlich. Aktuell muss man eher befürchten, dass die Stellen – sofern sie besetzt werden – vom Apparat geschluckt würden. Zürich hat eine der höchsten Polizeidichten schweizweit. Es braucht keinen Ausbau, sondern einen vernünftigeren Umgang mit den personellen Ressourcen. Es braucht neue Ansätze in der Einsatzplanung und beim polizeilichen Fokus. Grossveranstaltungen fressen viele Ressourcen, sind aber beliebt. Die Grünen sind oft die Einzigen, die sich gegen mehr Grossveranstaltungen stellen und damit die Polizei entlasten würden. Der Pilot, den wir mit dem Postulat vorschlagen, ist eigentlich maximal unradikal. Er fordert eine Auslegeordnung der Polizei, die fragt: Wie kann man den Einsatz personeller Ressourcen bei wiederkehrenden Veranstaltungen unter einem engeren Einbezug der Veranstaltenden reduzieren? Das wird sicher bereits gemacht, aber das soll weiterentwickelt werden und kann politische Rückendeckung brauchen. Der Vorstoss verliert bewusst kein Wort darüber, welche Veranstaltungen für den Piloten taugen und wie er konkret ausgestaltet werden soll. Das überlässt er kompetenzgerecht der Polizeiführung. Wir müssen verstehen, dass Sicherheit eine endliche Ressource ist und man dem politischen «Mainstream», der alle gesellschaftliche Verantwortung an den Polizeiapparat delegiert, entgegenwirken muss.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat ergriff bereits etliche Massnahmen, um die Belastung für die Mitarbeitenden zu reduzieren und die Anzahl der Einsatzmittel bei Grossveranstaltungen zu optimieren. Dazu gehört bspw. die Einführung des Sechserturnus, aber auch die Zusammenlegung der Quartierwachen. Es ist allerdings nicht realistisch, die notwendigen Ressourcen mit politischen Instrumenten zu steuern. Die Stadtpolizei hat einen gesetzlichen Auftrag: die öffentliche Sicherheit und damit die Sicherheit im Umfeld von Grossveranstaltungen zu gewährleisten – für alle. Dafür beurteilt sie jede Veranstaltung einzeln und definiert die dafür notwendigen Mittel in einem operativen Rapport unter Einbezug aller Frontabteilungen. Auch wiederkehrende Veranstaltungen wie das Knabenschiessen oder Sechseläuten können von Jahr zu Jahr nicht miteinander verglichen werden. Die geopolitische Lage, die Wetterverhältnisse und weitere sind Faktoren, die jährlich variieren und massgeblich beeinflussen können, welche und wie viele Mittel es braucht. Es ist nicht möglich, ein allgemein verbindliches Instrument zu definieren und damit abschliessend die notwendigen Mittel bei Grossveranstaltungen zu steuern.



*Wenn es bei einem Anlass oder einer Demonstration zu Ausschreitungen kommt oder sogar Verletzte gibt, muss die Polizei hinstehen und den Einsatz erklären. Die Verantwortung liegt bei der Polizei und bei mir. Die zusätzlichen Stellen werden im Bericht bereits ausgeführt. Diese basieren bei Weitem nicht nur auf der Veranstaltungsintensität, sondern vor allem auf Prognosen bezüglich Bevölkerungswachstum. Das wiederum korreliert mit der Polizeidichte. Darum sollten Sie das Postulat ablehnen. Immer wieder werde ich gefragt, wieso der Stadtrat jedes Jahr 17 zusätzliche Stellen bis ins Jahr 2030 beantragt – obwohl die Stadtpolizei einen Unterbestand hat und die Stellen nicht besetzt werden können. Das ist kein Widerspruch. Die Stadtpolizei hat Unterbestand, weil die Stadt nach einer Phase des Überbestands begonnen hatte, zurückhaltender zu rekrutieren. Gleichzeitig stieg die Zahl der Abgänge. Ein Grund dafür ist, dass die Polizeicorps in der Schweiz durchlässiger wurden. Ein anderer Grund ist, dass unter den Corps früher die stille Abmachung galt, dass man sich nicht gegenseitig Leute abwirbt. Dieses «Gentlemen Agreement» fand vor etwa 5 Jahre sein Ende, vermutlich als Folge des damaligen Polizist*innenmangels. Seither steigen die Fluktuationszahlen bei der Stadtpolizei. Der Unterbestand besteht nicht nur bei der Stadtpolizei, sondern auch bei anderen Schweizer Corps. Rückblickend wissen wir, dass man früher hätte beginnen müssen, mehr Leute zu rekrutieren. Von der Anwerbung zur Rekrutierung über die Ausbildung bis zur Anstellung dauert es mindestens drei Jahre. Das wichtigste Instrument gegen den Unterbestand ist die Vergrößerung der Schulklassen. Bis letztes Jahr bildete man jährlich 70 Aspirant*innen aus. Dieses Jahr wurden die Klassen vergrößert und ab dem Jahr 2027 werden es 115 sein. Das wird die Unterbesetzung der Corps verringern und hoffentlich das Problem bis ins Jahr 2030 ganz lösen. Es gibt weitere Massnahmen wie die neue Personalkampagne. Ebenso werden Quer- und Wiedereinsteiger*innen angeworben. Die Anstellungsbedingungen wurden angepasst. Mit all diesen Massnahmen wollen wir den Vollbestand wieder erreichen. Die zusätzlichen Stellen, um die es heute geht, sind ein strategisches Ziel, damit die Stadtpolizei auch zukünftig all ihre Aufgaben bewältigen kann. Wir brauchen diese Frontstellen, weil die polizeilichen Aufgaben überproportional zur Bevölkerung zugenommen haben. Der Arbeitsdruck bei der Stadtpolizei ist bereits enorm hoch und wird weiter steigen. Wir befürworten Minderheitsantrag 1.*



31 / 31

S. 229	25 2520 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
041.	Antrag Stadtrat				239 699 100	Minderheit 1 Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
			1 000 000		238 699 100	Mehrheit Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
			2 125 000		237 574 100	Minderheit 2 Tanja Maag (AL) Referat
						Enthaltung Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Mehrheit: Bewilligung von 9 statt 17 neuen Frontstellen (Umsetzung des überwiesenen Postulats GR Nr. 2022/424) Minderheit 2: Kürzung der mit dem Budget 2026 beantragten 17 Stellen Uniformpolizei			

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 167, Beschluss-Nr. 5539/2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat